

KMU WAHLCHECK

des Europaverbandes der Selbständigen -
Deutschland e.V. zur Bundestagswahl
für die 21. Legislaturperiode

2025 - 2029



SELBSTÄNDIGKEIT STÄRKEN, ZUKUNFT SICHERN!

Für eine Politik, die Soloselbständige und kleine
Unternehmen fördert und voranbringt.

www.esd-ev.de





Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe ESD-Mitglieder,

am 23. Februar 2025 wählt Deutschland einen neuen Bundestag – eine Entscheidung mit weitreichenden Konsequenzen für die Zukunft des Landes. Besonders für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ist diese Wahl von großer Bedeutung, denn die wirtschaftspolitischen Weichenstellungen der nächsten Legislaturperiode werden darüber entscheiden, ob Unternehmertum in Deutschland weiterhin attraktiv bleibt oder ob die Herausforderungen weiter zunehmen.

Die vergangenen Jahre waren für viele Selbständige und Mittelständler eine Belastungsprobe: Die Nachwirkungen der Corona-Pandemie, steigende Energie- und Rohstoffpreise, geopolitische Unsicherheiten und eine zunehmende Bürokratisierung haben den Wirtschaftsstandort Deutschland unter Druck

gesetzt. Besonders steigende Steuer- und Abgabenlasten, Fachkräftemangel, komplizierte Regulierungen und neue EU-Vorgaben machen es vielen Unternehmen schwer, wettbewerbsfähig zu bleiben.

Gleichzeitig bietet der wirtschaftliche Wandel enorme Chancen. Die Digitalisierung eröffnet neue Geschäftsmodelle, klimafreundliche Technologien und Innovationen bieten langfristige Perspektiven, und der globale Wettbewerb kann bei den richtigen politischen Rahmenbedingungen als Wachstumstreiber wirken. Doch die zentrale Frage lautet: Welche Partei setzt sich wirklich für den Mittelstand ein? Welche politischen Konzepte bieten eine verlässliche Perspektive für Selbständige und Unternehmer?

Mit dem KMU Wahlcheck 2025 bietet der Europaverband der Selbständigen – Deutschland (ESD) e.V. eine fundierte Entscheidungshilfe. Unser Ziel ist es, die wirtschaftspolitischen Programme der Parteien verständlich und praxisnah darzustellen und Unternehmerinnen und Unternehmern eine Orientierung für ihre Wahlentscheidung zu geben. Dabei legen wir besonderen Fokus auf die wichtigsten Themen, die kleine und mittelständische Unternehmen betreffen:

Warum ist die Bundestagswahl 2025 so entscheidend für KMU?

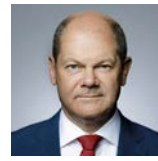
Der Mittelstand bildet das wirtschaftliche Rückgrat Deutschlands. Über 99 Prozent aller Unternehmen gehören zu den KMU, sie stellen rund 60 Prozent aller Arbeitsplätze und sind Treiber von Innovation, Ausbildung und Wirtschaftswachstum. Doch viele Selbständige fühlen sich von der Politik zunehmend im Stich gelassen.

Während Großkonzerne oft von politischen Fördermaßnahmen profitieren und Arbeitnehmer durch Sozialgesetze abgesichert sind, stehen KMU oft zwischen den Stühlen: Sie tragen hohe Steuer- und Sozialabgabenlasten, kämpfen mit überbordender Bürokratie und sehen sich immer neuen Vorschriften aus Berlin und Brüssel ausgesetzt.

Die Bundestagswahl 2025 entscheidet darüber, ob der Mittelstand in den kommenden Jahren gezielt unterstützt oder weiter belastet wird. Der KMU Wahlcheck 2025 beleuchtet daher genau, welche Parteien sich für Selbständige und Unternehmer einsetzen – und welche Kandidaten konkret für eine wirtschaftsfreundliche Politik stehen.

Die Kanzlerkandidaten im Überblick

Die Bundestagswahl wird maßgeblich von den Spitzenkandidaten der großen Parteien geprägt. Sie stehen für unterschiedliche wirtschaftspolitische Konzepte und damit für verschiedene Wege, wie sich der Mittelstand in den kommenden Jahren entwickeln kann.



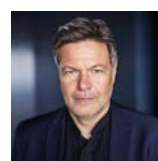
SPD: Olaf Scholz

Der amtierende Bundeskanzler Olaf Scholz geht erneut für die SPD ins Rennen. Seine Wirtschaftspolitik setzt auf starke Sozialpartnerschaften, hohe staatliche Investitionen und einen aktiv gestaltenden Staat. Olaf Scholz wurde am 14. Juni 1958 in Osnabrück geboren und wuchs in Hamburg auf. Er studierte Rechtswissenschaften und arbeitete als Rechtsanwalt mit Schwerpunkt Arbeitsrecht. Scholz trat 1975 der SPD bei und war von 2002 bis 2004 Generalsekretär der Partei. Von 2011 bis 2018 amtierte er als Erster Bürgermeister von Hamburg. Anschließend wurde er Bundesfinanzminister und Vizekanzler, bevor er 2021 zum Bundeskanzler gewählt wurde.



CDU/CSU: Friedrich Merz

Friedrich Merz tritt als Kanzlerkandidat der Union an. Als ehemaliger Wirtschaftsanwalt und Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft steht Merz für eine marktwirtschaftlich orientierte Politik, die auf Steuersenkungen, Bürokratieabbau und eine Stärkung des Unternehmertums setzt. Friedrich Merz wurde am 11. November 1955 in Brilon, Nordrhein-Westfalen, geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften arbeitete er als Richter und später als Rechtsanwalt. Merz trat 1972 der CDU bei und war von 1989 bis 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments. Von 1994 bis 2009 war er Mitglied des Deutschen Bundestages und von 2000 bis 2002 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Nach einer Pause in der Politik kehrte er 2018 zurück und wurde 2022 zum CDU-Parteivorsitzenden gewählt.



Bündnis 90/Die Grünen: Robert Habeck

Wirtschaftsminister Robert Habeck führt die Grünen als Spitzenkandidat in die Wahl. Sein wirtschaftspolitischer Ansatz kombiniert Klimaschutz mit Wirtschaftsförderung, setzt aber auch auf eine stärkere Regulierung in vielen Wirtschaftsbereichen.

Robert Habeck wurde am 2. September 1969 in Lübeck geboren. Er studierte Germanistik und Philosophie und promovierte in Literaturwissenschaft. Zusammen mit seiner Frau schrieb er mehrere Romane. Habeck trat 2002 den Grünen bei und war von 2012 bis 2018 Umweltminister in Schleswig-Holstein. Seit 2018 ist er Bundesvorsitzender der Grünen und seit 2021 Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz sowie Vizekanzler.



AfD: Alice Weidel

Alice Weidel führt die AfD als Spitzenkandidatin in die Wahl. Sie tritt für eine Rückführung staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft, Steuersenkungen und eine Reduzierung der EU-Regulierung ein.

Alice Weidel wurde am 6. Februar 1979 in Gütersloh geboren. Sie studierte Volks- und Betriebswirtschaftslehre und promovierte in Internationaler Entwicklung. Weidel arbeitete in der Finanzbranche, unter anderem bei Goldman Sachs und Allianz Global Investors. 2013 trat sie der AfD bei und wurde 2017 in den Deutschen Bundestag gewählt. Seit 2022 ist sie Bundesvorsitzende der AfD. Weidel vertritt wirtschaftsliberale Positionen und ist bekannt für ihre kritische Haltung gegenüber der Europäischen Union und der Migrationspolitik.



FDP: Christian Lindner

Christian Lindner, ehem. Bundesfinanzminister und FDP-Parteichef, tritt erneut als Spitzenkandidat an. Die FDP steht für

eine Wirtschaftspolitik mit Fokus auf Steuersenkungen, Bürokratieabbau und mehr unternehmerische Freiheit. Lindner setzt auf eine Digitalisierungsoffensive, den Ausbau der Start-up-Förderung und eine wachstumsfreundliche Steuerpolitik.

Christian Lindner wurde am 7. Januar 1979 in Wuppertal geboren und wuchs in Nordrhein-Westfalen auf. Er trat 1995 der FDP bei und studierte Politikwissenschaft. Bereits mit 21 Jahren wurde er in den nordrhein-westfälischen Landtag gewählt. Nach einer kurzen Tätigkeit als Unternehmer kehrte er in die Politik zurück und wurde 2013 zum Bundes-

vorsitzenden der FDP gewählt. Seit 2021 ist er Bundesminister der Finanzen. Lindner steht für eine liberale Wirtschaftspolitik und betont die Bedeutung von individueller Freiheit und Verantwortung.



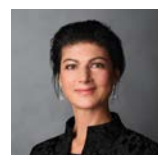
Die Linke: Heidi Reichinnek und Jan van Aken

Die Linke zieht mit Heidi Reichinnek und Jan van Aken als Spitzenkandidaten in die Bundestagswahl. Ihre Wirtschaftspolitik setzt auf höhere Steuern für Großkonzerne, stärkeren Arbeitnehmerschutz und eine stärkere Rolle des Staates in der Wirtschaft. Die Partei fordert eine Erhöhung des Mindestlohns, eine stärkere Regulierung von Finanzmärkten sowie eine Vermögenssteuer für Reiche.



Jan van Aken wurde am 1. Mai 1961 in Reinbek geboren. Er studierte Biologie und promovierte in Genetik. Van Aken arbeitete als Wissenschaftler und war von 2009 bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages. 2024 wurde er zum Co-Parteivorsitzenden der Linken gewählt. Er engagiert sich besonders in den Bereichen Friedenspolitik und Abrüstung.

Heidi Reichinnek wurde am 24. Dezember 1988 in Osnabrück geboren. Sie studierte Sozialwissenschaften und engagierte sich früh in der politischen Jugendbildung. Seit 2021 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 2022 Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Linken. Reichinnek setzt sich für soziale Gerechtigkeit und Frauenrechte ein.



BSW: Sahra Wagenknecht

Sahra Wagenknecht tritt mit ihrem neuen Bündnis als Spitzenkandidatin an. Sie kombiniert wirtschaftliche Fördermaßnahmen für KMU mit einer kritischen Haltung gegenüber Globalisierung und EU-Regulierung.

Sie setzt auf eine Stärkung der inländischen Produktion, eine pragmatische Energiepolitik und eine Verringerung von Abhängigkeiten in der Außenwirtschaft.

Sahra Wagenknecht wurde am 16. Juli 1969 in Jena geboren. Sie studierte Philosophie und

Neuere Deutsche Literatur und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. Wagenknecht trat 1989 der Vorgängerpartei der Linken bei und war von 2009 bis 2019 stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion. 2024 gründete sie die Partei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) und wurde deren Kanzlerkandidatin. Sie ist bekannt für ihre kritische Haltung gegenüber der Globalisierung und setzt sich für eine sozial gerechte Wirtschaftspolitik ein.

Mit dem KMU Wahlcheck 2025 möchten wir Unternehmerinnen und Unternehmern eine Entscheidungsgrundlage bieten, um eine Wahl zu treffen, die den Mittelstand stärkt und die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands sichert.

Über den Europaverband der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V.

Der ESD e.V. ist seit mehr als fünfzig Jahren die parteiunabhängige Interessenvertretung der Selbständigen, Angehörigen der freien Berufe, kleinen und mittelständischen Unternehmen, Gewerbe-, Branchen- und Wirtschaftsverbände sowie Innungen in der Bundesrepublik.

Mehr als 99 Prozent aller in Deutschland gemeldeten Betriebe gehören zu den kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMUs). Diese Unternehmen stellen das Rückgrat der bundesdeutschen Wirtschaft dar. Sie beschäftigen rund 55 Prozent der Mitarbeiter und bilden über 70 Prozent aller Lehrlinge in Deutschland aus. Dennoch finden diese Unternehmen vor allem in politischen Entscheidungsprozessen kaum Gehör – das zu verändern haben wir uns vorgenommen!

überparteilich - unabhängig - kompetent

Viele dieser rund drei Millionen kleinen und mittelständischen Unternehmen haben sich im ESD, als Vereinigung von Selbständigen für Selbständige, zusammengeschlossen, um sich gemeinsam als branchenübergreifende Interessenvertretung der KMUs für eine mittelstandsfreundliche Politik in unserem Land zu engagieren.

Entsprechend ihrer Rolle als Leistungsträger der Wirtschaft wollen die im ESD organisierten KMUs Deutschland gemeinsam im konstruktiv-kritischen Dialog mit Vertretern der Politik und allen wirtschaftspolitisch aktiven Partnern voranbringen.

www.esd-ev.de

www.facebook.com/esd.ev

www.x.com/ESD_eV

www.linkedin.com/company/esd-ev

DIE PARTEIEN AUF DEM PRÜFSTAND

Wer ist am ehesten auf der Seite der kleinen und mittelständischen Unternehmen?

Was planen die Parteien für die KMU?

Die Bundestagswahl 2025 rückt näher, und mit ihr die Frage, welche politischen Weichen in den kommenden Jahren gestellt werden. Für Soloselbstständige sowie die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) sind die Entscheidungen, die aus den Wahlprogrammen der Parteien hervorgehen, von besonderer Bedeutung. Sie stehen nicht nur vor alltäglichen Herausforderungen wie Bürokratie, Fachkräftemangel und Finanzierung, sondern auch vor den Anforderungen eines sich stetig wandelnden Marktes und einer globalisierten Wirtschaft.

In dieser Publikation haben wir die Wahlprogramme der relevanten Parteien sorgfältig analysiert und die darin enthaltenen Vorschläge auf Themen hin überprüft, die für Soloselbstständige und KMU von entscheidender Relevanz sind. Unser Fokus liegt dabei auf Aspekten wie steuerliche Erleichterungen, soziale Absicherung, Innovationsförderung, Bürokratieabbau und Unterstützung in der digitalen Transformation.

Diese Analyse soll nicht nur einen Überblick bieten, sondern auch als Orientierungshilfe für Unternehmerinnen und Unternehmer dienen, um sich aktiv in den politischen Diskurs ein-

zubringen. Denn die Stimme der kleinen und mittelständischen Unternehmen ist unverzichtbar, wenn es darum geht, die wirtschaftliche Basis Deutschlands nachhaltig zu stärken.

Lassen Sie uns gemeinsam einen Blick auf die politischen Versprechen werfen und herausfinden, welche Visionen und konkreten Maßnahmen die Parteien für die Zukunft der Soloselbstständigen und KMU bereithalten.

SPD

Programmtitel:

Mehr für Dich besser für Deutschland

Umfang: 63 Seiten

Für Selbständige relevante Punkte:

1. Steuerliche Entlastungen und Förderungen
 - » Unternehmen sollen gezielt steuerlich entlastet werden, insbesondere durch Anreize für Investitionen in Deutschland und nicht durch pauschale Steuersenkungen. (S. 9)
 - » Einführung einer Investitionsprämie: Investitionen in Maschinen und Geräte sollen mit 10 % der Anschaffungssumme direkt über eine Steuererstattung gefördert werden. (S. 9)
 - » Wenn Personenunternehmen ihre Gewin-

ne wieder investieren, sollen sie steuerlich entlastet werden. (S. 9)

- » Einführung der „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“ zur Erleichterung von Unternehmensnachfolgern im Mittelstand. (S.9)

2. Bürokratieabbau und Digitalisierung

- » Abbau von Bürokratie und Vereinfachung von Verfahren durch Zusammenführung, Digitalisierung und Praxiscalls für neue Gesetze. (S. 9)
- » Einführung einer flächendeckenden Glasfaser- und Mobilfunkversorgung, um die Digitalisierung für kleine Unternehmen voranzutreiben. (S. 9)
- » Förderung der Digitalisierung im Betrieb: Nutzung digitaler Lösungen für effizientere Prozesse und Geschäftsmodelle. (S. 9)

3. Soziale Absicherung für Selbstständige

- » Entwicklung eines Mutterschutz-Konzepts für Selbstständige, um diese Gruppe besser abzusichern. (S. 26)
- » Sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen sollen abgeschafft werden, was indirekt auch die Planungssicherheit von kleinen Unternehmen beeinflusst. (S. 26)

4. Finanzierung und Zugang zu Kapital

- » Reform des europäischen Beihilferechts, um Unternehmen im Strukturwandel gezielter zu unterstützen. (S. 9)
- » Stärkung regionaler Förderprogramme wie GRW oder GAK zur Förderung kleiner Unternehmen. (S. 9)

5. Klimaschutz und kleine Unternehmen

- » CO₂-Bepreisung für kleine Unternehmen soll nur als ergänzendes Instrument genutzt werden, um sie nicht übermäßig zu belasten. (S. 23)
- » Förderung von Investitionen in klimafreundliche Technologien, insbesondere durch Steuererleichterungen statt bürokratischer Förderprogramme. (S. 9)

6. Arbeitsmarkt und Fachkräfte

- » Förderung von Fachkräften durch gezielte Anwerbung und Qualifizierungsprogramme, um auch kleinen Unternehmen besse-

ren Zugang zu gut ausgebildetem Personal zu ermöglichen. (S. 14)

- » Verbesserung der Weiterbildungsangebote für Selbstständige und kleine Betriebe. (S. 14)

7. Mietrecht und Immobilien

- » Änderung der Besteuerung von Immobilienverkäufen: Gewinne aus Immobilienverkäufen nach der Spekulationsfrist von zehn Jahren sollen nicht mehr steuerfrei sein. (S. 24)
- » Erleichterungen für Wohneigentum, insbesondere durch Förderprogramme für junge Unternehmer und Selbstständige. (S. 23)

Risiken für Selbstständige:

1. Höhere Kosten durch CO₂-Bepreisung

- » Der CO₂-Preis steigt 2025 auf 55 Euro pro Tonne und 2026 auf maximal 65 Euro. Für kleine Unternehmen könnte dies zu höheren Energiekosten führen. Die SPD erkennt an, dass Haushalte und kleine Unternehmen besonders belastet sein könnten, bietet jedoch keine konkreten Lösungen für diese Gruppe an

2. Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftsteuer

- » Die SPD will die Vermögenssteuer für hohe Vermögen wieder einführen sowie die Erbschaft- und Schenkungssteuer verschärfen. Dies könnte insbesondere kleine Unternehmen treffen, wenn die Übertragung von Betriebsvermögen innerhalb von Familien teurer wird.

3. Bevorzugung großer Unternehmen bei Entlastungen

- » Die SPD plant gezielte Entlastungen für energieintensive Großunternehmen durch reduzierte Netzentgelte und eine Strompreiskompensation. Kleine Betriebe und Selbstständige profitieren hiervon nicht, obwohl sie ebenfalls hohe Energiekosten haben.



Programmtitel:

Politikwechsel für Deutschland

Umfang: 81 Seiten

Für Selbständige relevante Punkte:

1. Bürokratieabbau und Vereinfachung von Vorschriften

- » Abschaffung übermäßiger Berichtspflichten und Dokumentationsauflagen (S. 15)
- » Einführung einer „Gründerschutzzone“, in der Startups und kleine Unternehmen von bürokratischen Vorgaben befreit werden (S. 27)
- » Vereinfachung der steuerlichen Vorschriften, insbesondere durch kürzere Aufbewahrungsfristen für Buchungsbelege von acht auf fünf Jahre (S. 16)

2. Steuern und Abgaben

- » Einführung einer Steuerreform mit dem Ziel, die Unternehmensbesteuerung auf maximal 25 % zu senken (S. 14)
- » Reduzierung des Solidaritätszuschlags (S. 14)
- » Verbesserung der Verlustverrechnungsmöglichkeiten für Unternehmen (S. 14)
- » Einführung von mehr Pauschalbeträgen zur Vereinfachung der Steuererklärung (S. 16)

3. Altersvorsorge für Selbständige

- » Einführung einer verbindlichen Altersvor-

sorge für Selbständige, die keine ausreichende Absicherung haben (S. 34)

4. Förderung von Unternehmertum und Gründungen

- » Einführung einer „Gründerschutzzone“ zur Unterstützung von Startups (S. 27)
- » Förderung von Venture-Capital und verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen (S. 27)
- » Unterstützung für Unternehmensnachfolgen in Familienunternehmen (S. 14)

5. Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit

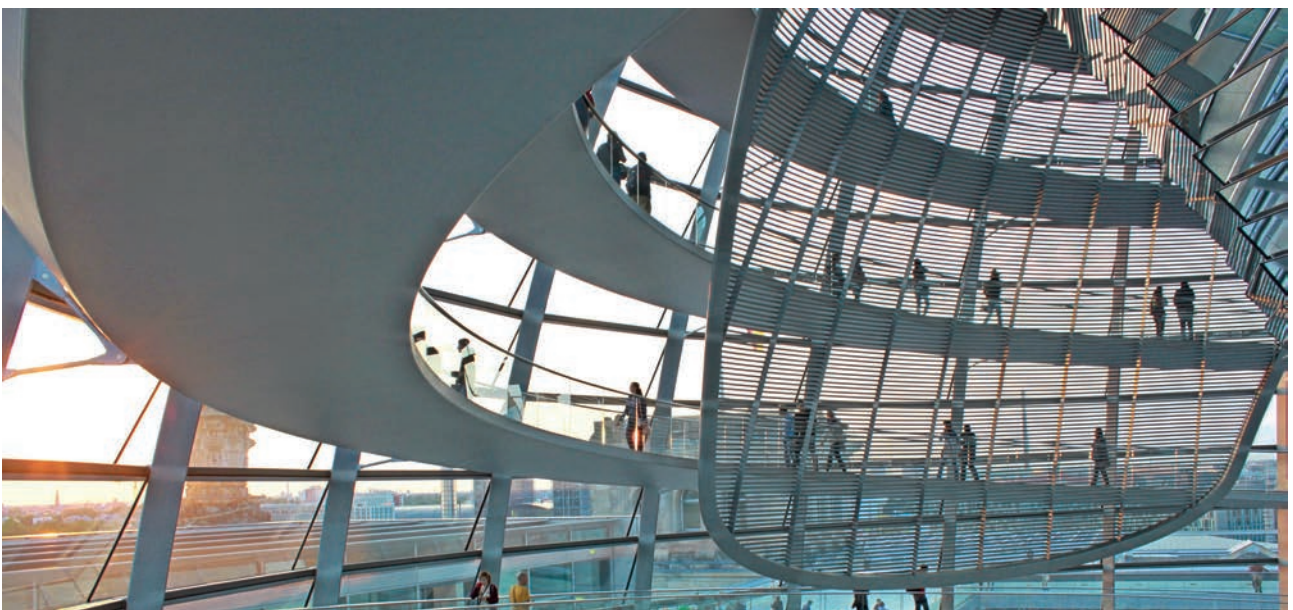
- » Reform des Statusfeststellungsverfahrens, um mehr Rechtssicherheit für Selbstständige zu schaffen und Scheinselbstständigkeit zu verhindern (S. 16)

6. Förderung von Innovation und Digitalisierung

- » Vereinfachung des Zugangs zu Förderprogrammen für KMU im Bereich Forschung und Innovation (S. 26)
- » Ausbau von digitalen Verwaltungsdienstleistungen für Unternehmen (S. 27)

7. Erleichterung der Unternehmensführung

- » Abschaffung von verpflichtenden Betriebsbeauftragten für Umwelt, Brandschutz und Sicherheit für kleine und mittlere Unternehmen (S. 16)
- » Vereinfachung der Statistik- und Meldepflichten (S. 15)



Risiken für Selbständige:

1. Einschränkungen durch EU-Regulierungen
 - » Obwohl CDU/CSU verspricht, unnötige EU-Bürokratie abzubauen, könnte eine striktere Umsetzung europäischer Regulierungen, etwa im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate Sustainability Reporting Directive – CSRD) oder der Taxonomie für nachhaltige Investitionen, kleine Unternehmen mit zusätzlichen Berichtspflichten belasten
2. Risiken durch Marktregulierungen und internationale Wettbewerbsbedingungen
 - » Während CDU/CSU sich für mehr „Fairness im Wettbewerb“ einsetzt, könnten geplante Maßnahmen zum Schutz gegen „unlautere Handelspraktiken“ dazu führen, dass kleinere Betriebe höhere Compliance-Anforderungen erfüllen müssen
3. Unklarheiten in der Digital- und Innovationsförderung
 - » Die Partei plant eine „stärkere Förderung für Startups und KMU“, allerdings bleibt offen, wie genau kleine Unternehmen Zugang zu diesen Mitteln erhalten und ob sie mit bürokratischen Hürden rechnen müssen.



Programmtitel:
Zusammen wachsen
 Umfang: 72 Seiten

Für Selbständige relevante Punkte:

1. Förderung von Mittelstand und Handwerk (S. 14-15)
 - » Bedeutung von Handwerk, Selbständigen und Freiberuflern als Motor der Wirtschaft.
 - » Bürokratieabbau, Unterstützung bei Nachfolgeregelungen und Förderung der Ausbildung im Handwerk.
 - » Kostenloser Meisterbrief zur Attraktivitäts-

- tätssteigerung von Handwerksberufen.
 - » Finanzielle Absicherung von Handwerkerinnen und Soloselbstständigen rund um die Geburt durch Mutterschaftsgeld
2. Bürokratieabbau und Digitalisierung (S. 18-19)
 - » Systematische Reduzierung unnötiger Vorschriften durch den „Praxischeck“.
 - » Digitalisierung der Verwaltung: zentrale Bündelung öffentlicher Dienstleistungen und Abschaffung der mehrfachen Dateneinreichung.
 - » Vereinfachung von Notarpflichten zur Senkung von Kosten und Zeitaufwand.
 - » Anhebung der Schwellenwerte für die KMU-Definition, um mehr Unternehmen zu entlasten
 3. Fairer Wettbewerb und Schutz vor Marktdominanz (S. 15)
 - » Stärkere Wettbewerbspolitik gegen Monopole und unfaire Praktiken großer Plattformunternehmen zum Schutz der KMU.
 - » Modernisierung des Vergaberechts zur Entlastung kommunaler Vergabestellen und bessere Einbeziehung von Start-ups in öffentliche Auftragsvergaben
 4. Steuererleichterungen und Förderungen (S. 11)
 - » Einführung einer befristeten Investitionsprämie von 10 % für alle Unternehmen (außer Gebäudeinvestitionen).
 - » Erleichterter Zugang zu Wagniskapital für innovative Unternehmen und Start-ups.
 - » Bessere steuerliche Förderung von gemeinwohlorientierten Unternehmen und Start-ups
 5. Erleichterungen für Selbständige und Kleinunternehmer (S. 15)
 - » Einführung eines Mutterschaftsgelds für selbstständige Frauen, finanziert durch eine Umlage.
 - » Förderung von Unternehmensgründungen durch rechtliche Vereinfachungen und One-Stop-Shops für Beratung und Begleitung.
 - » Ausbau von Förderprogrammen für nach-

haltige und innovative Start-ups

6. Nachhaltigkeit und regionale Wirtschaftsförderung (S. 16)

- » Ausbau der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsentwicklung“ zur Stärkung von Unternehmen im ländlichen Raum.
- » Unterstützung nachhaltiger Wirtschaftsmodelle und sozialer Innovationen durch Fördergelder.
- » Weiterentwicklung der Nationalen Tourismusstrategie mit Fokus auf nachhaltiges und sozial gerechtes Wachstum

Risiken für Selbständige:

1. Geplante Steueranpassungen mit möglichen Belastungen für kleine Unternehmen

- » Das Programm sieht steuerliche Anreize für Investitionen vor, jedoch mit dem Ausschluss von Gebäudeinvestitionen, was kleine Handwerksbetriebe oder Einzelhändler benachteiligen könnte.
- » Die stärkere Besteuerung von Kapitaleinkünften könnte für kleine Unternehmen, die auf private Investitionen angewiesen sind, finanzielle Nachteile mit sich bringen

2. Regulierungen für digitale Geschäftsmodelle und Plattformen

- » Verschärfungen im Wettbewerbsrecht zur Eindämmung großer Plattformen könnten indirekt kleine Händler betreffen, die auf diese Marktplätze angewiesen sind.
- » Die Verpflichtung großer Plattformen zur Produktverantwortung könnte administrative Hürden für kleine Online-Händler erhöhen, wenn sie zusätzliche Nachweise erbringen müssen

3. Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen mit Auswirkungen auf Betriebe

- » Während Klimaschutzmaßnahmen für viele Unternehmen Chancen bieten, könnte die stärkere Regulierung und Verteuerung fossiler Energieträger kleine Betriebe besonders treffen, die keine finanziellen Spielräume für teure Umstellungen haben.
- » Umweltauflagen könnten im produzierenden

den Gewerbe zu Mehrkosten führen.

Freie Demokraten

FDP

Programmtitel:

Alles lässt sich ändern

Umfang: 52 Seiten

Für Selbständige relevante Punkte:

1. Bürokratieabbau (Seite 11-12)

- » Einführung eines dreijährigen Bürokratiemoratoriums für Unternehmen, um neue Bürokratiebelastungen zu verhindern.
- » Einführung eines „bürokratiefreien Jahres“ für Betriebe ohne Berichtspflichten.
- » Bürokratiebremse im Grundgesetz, um den Erfüllungsaufwand für Betriebe um mindestens sechs Milliarden Euro pro Legislaturperiode zu reduzieren.
- » Digitalisierung und Vereinfachung von Vergabeverfahren, damit kleine Unternehmen besser an öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen können.

2. Steuerliche Entlastungen für kleine Unternehmen (Seite 13-15)

- » Möglichkeit für mehr Unternehmen zur Ist-Besteuerung bei der Umsatzsteuer und zur vereinfachten Gewinnermittlung.
- » Kleinunternehmen erhalten ein Wahlrecht auf Abzug einer Betriebsausgabenpauschale.
- » Erhöhung der Sofortabschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter.
- » Anpassung der Erbschafts- und Schenkungsteuerfreibeträge an die Inflation.

3. Fairness für Selbständige (Seite 18)

- » Reform der Beitragsberechnung zur gesetzlichen Krankenversicherung: Die Beiträge sollen sich an den tatsächlichen Einnahmen orientieren.
- » Reform des Statusfeststellungsverfahrens mit klaren Positivkriterien für Selbständigkeit zur Vermeidung rückwirkender Beitragsforderungen.
- » Wahlfreiheit bei der Altersvorsorge für

- Selbständige, inkl. Zugang zu allen geförderten privaten Altersvorsorgeformen.
- 4. Arbeitsrechtliche Reformen (Seite 17-18)
 - » Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes durch Einführung einer wöchentlichen statt einer täglichen Höchstarbeitszeit.
 - » Möglichkeit zur digitalen Vertragsunterzeichnung für Arbeitsverträge.
 - » Erleichterungen für die Entsendung von Arbeitnehmern innerhalb der EU.
- 5. Digitalisierung und Innovation (Seite 37-38)
 - » Förderung der Digitalisierung in der Verwaltung durch Einführung einer „Once-Only-Garantie“, damit Unternehmen Daten nur einmal bereitstellen müssen.
 - » Einführung eines digitalen Bürgerkontos („DeutschlandID“) zur Vereinfachung behördlicher Prozesse.
 - » Förderung von Startups und KMU durch steuerliche Verbesserungen und einfacheren Zugang zu Venture Capital.
- 6. Soziale Sicherungssysteme (Seite 19-20)
 - » Reform des Bürgergelds mit mehr Anreizen für Arbeit, um den Anreiz für Selbstständigkeit und Unternehmensgründungen zu erhöhen.
 - » Einführung eines „Lebenschancen-BAföG“ für flexiblere Weiterbildungsmöglichkeiten für Selbstständige und Arbeitnehmer.
- 7. Energiepolitik (Seite 16-17)
 - » Senkung der Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß.
 - » Abschaffung der EEG-Subventionen für neue Anlagen, um erneuerbare Energien stärker in den Markt zu überführen.
 - » Einführung von dynamischen Netzentgelten, um Netzengpässe zu verringern.

- 8. Mobilität und Infrastruktur (Seite 40-41)
 - » Förderung von flexiblem Arbeiten durch die Modernisierung der digitalen Infrastruktur.
 - » Erleichterung des Führerscheinerwerbs für Berufsfahrer zur Bekämpfung des Fachkräftemangels.
- 9. Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft (Seite 10)
 - » Erhalt des bestehenden Schutzniveaus beim Urheberrecht.
 - » Einführung einer besseren Förderung von Selbstständigen in der Kultur- und Kreativbranche.

Risiken für Selbständige:

1. Reduzierung von Subventionen – Finanzierungsprobleme für Startups und kleine Unternehmen
 - » Die FDP fordert weniger Subventionen und eine stärkere Marktorientierung.
 - » Risiko: Förderprogramme, die besonders kleine Unternehmen und Selbstständige unterstützen (z. B. Existenzgründerzuschüsse, Innovationsförderungen, Kultur- und Kreativwirtschaftsförderung), könnten gestrichen oder gekürzt werden.
2. Steuerreformen – Gefahr der Mehrbelastung für Kleinunternehmen
 - » Die FDP plant eine Vereinfachung des Steuersystems, will aber auch Steuervergünstigungen überprüfen.
 - » Risiko: Falls Betriebsausgabenpauschalen oder steuerliche Vergünstigungen für Kleinunternehmen wegfallen oder verschlechtert werden, könnte dies zu einer finanziellen Mehrbelastung für kleine Selbstständige führen.
 - » Zudem bleibt unklar, ob Selbstständige





mit schwankendem Einkommen von der neuen Steuerstruktur profitieren würden.

3. Klimapolitik – Höhere Energiekosten für kleine Unternehmen

- » Die FDP plant, die EEG-Subventionen für erneuerbare Energien abzuschaffen und den CO₂-Preis als Hauptsteuerungsinstrument einzuführen.
- » Risiko: Dies könnte für kleine Unternehmen, die auf energieintensive Prozesse angewiesen sind (z. B. Handwerksbetriebe, produzierendes Gewerbe), zu steigenden Energiekosten führen, ohne dass sie von staatlichen Entlastungsmaßnahmen profitieren.



Programmtitel:
ZEIT FÜR DEUTSCHLAND.
 Umfang: 177 Seiten

Für Selbständige relevante Punkte:

1. Steuern und Bürokratieabbau

- » Senkung der Unternehmenssteuern auf ein international wettbewerbsfähiges

Niveau (S. 57).

- » Abschaffung des Solidaritätszuschlags für alle (S. 58).
- » Drastische Reduzierung von Vorschriften, Berichts- und Dokumentationspflichten für Mittelstand und Landwirte (S. 14).
- » Vereinfachung des Steuerrechts, insbesondere für kleinere Unternehmen (S. 56).

2. Eigenverantwortung und Unternehmertum

- » Förderung einer Wirtschaft, die Innovation und Unternehmertum stärkt – insbesondere für den Mittelstand (S. 10–11).
- » Erleichterung von Unternehmensgründungen durch Abbau bürokratischer Hürden (S. 16).
- » Erweiterte steuerliche Absetzbarkeit für private Altersvorsorge, was Selbstständigen zugutekommen könnte (S. 16).

3. Arbeitsmarkt und Sozialversicherung

- » Reduzierung des Fachkräftemangels durch Anreize zur Erwerbstätigkeit, u. a. durch eine Senkung der Einkommensteuer (S. 18).
- » Kritik an ineffektiven Arbeitsmarktmaßnahmen und Forderung nach einer Reform der Grundsicherung zur schnelleren Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt (S. 23–25).

4. Förderung von Handwerk und Gewerbe

- » Bessere schulische Ausbildung und frühe-

re Berufsorientierung, um Handwerk und Gewerbe zu stärken (S. 19).

- » Einführung eines KMU-freundlichen Weltraumgesetzes zur Förderung neuer Technologien (S. 14).
5. Technologie und Digitalisierung
- » Beschleunigung des digitalen Infrastrukturausbaus, was für kleine Unternehmen und Selbstständige vorteilhaft ist (S. 46).
 - » Förderung von Forschung und Innovation, um Deutschland als Wirtschaftsstandort wieder attraktiver zu machen (S. 50).
 - » Vereinfachung der DSGVO, um kleinere Unternehmen von bürokratischen Belastungen zu entlasten (S. 49).
6. Kritik an der EU-Regulierung
- » Viele EU-Regelungen werden als wirtschaftsschädlich betrachtet, z. B. der „Green Deal“ und energiepolitische Vorgaben (S. 10–11).
 - » Forderung nach mehr nationaler Kontrolle über wirtschaftliche Entscheidungen und Reduzierung der EU-Einflussnahme (S. 7, 139).

Risiken für Selbständige:

1. Risiken durch EU-Politik-Ablehnung
 - » Gefahr von Handelsbarrieren: Die AfD lehnt viele EU-Regulierungen ab. Falls es zu einem EU-Austritt oder einer Einschränkung des Binnenmarktzugangs kommt, könnte dies den Handel und Export für kleine Unternehmen erschweren
2. Risiken im Bereich der Energiepolitik
 - » Ablehnung erneuerbarer Energien: Die AfD lehnt den Ausbau von Wind- und Solarenergie ab. Dies könnte langfristig steigende Energiekosten zur Folge haben, was kleine Unternehmen besonders trifft
 - » Unklare Strategie zur Sicherung günstiger Energie: Die Partei setzt auf fossile Energieträger, ohne eine Strategie für langfristige Preissicherheit zu liefern
3. Steuervereinfachung mit Unsicherheiten
 - » Die AfD plant eine Vereinfachung des Steuerrechts durch weniger Steuerstufen,

was jedoch mit der Streichung vieler Abschreibungsmöglichkeiten einhergehen könnte. Für kleine Unternehmen könnte das bedeuten, dass sie weniger steuerliche Gestaltungsspielräume haben.



Programmtitel:

Alle wollen regieren. Wir wollen verändern.

Umfang: 62 Seiten

Für Selbständige relevante Punkte:

1. Wirtschaftspolitik für Kleinunternehmen (S. 29)
 - » Die Linke betont, dass ihre Wirtschaftspolitik sich nicht nur auf große Unternehmen konzentriert, sondern auch auf die Situation von Kleinunternehmen und Dienstleistern. Eine verlässliche Infrastruktur und Fachkräfteförderung sollen wirtschaftliches Wachstum und Stabilität ermöglichen
2. Steuerliche Entlastung für kleine und mittlere Einkommen (S. 11)
 - » Das Programm sieht eine Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen vor, was indirekt auch viele Selbständige betreffen dürfte. Gleichzeitig sollen Steuervermeidung großer Konzerne und unfaire Wettbewerbspraktiken bekämpft werden
3. Förderung von Weiterbildung und sozialer Absicherung (S. 40)
 - » Selbständige und kleine Unternehmer*innen haben oft begrenzte Mittel für Weiterbildung. Die Linke will eine Job- und Einkommensgarantie einführen, die es Beschäftigten ermöglichen soll, sich weiterzubilden, ohne Einkommenseinbußen zu erleiden. Zudem sollen Weiterbildungsmaßnahmen für alle zugänglich gemacht werden
4. Mehr Mitbestimmung und faire Arbeitsbe-



dingungen (S. 27)

- » Für Kleinbetriebe könnten die geplanten Mitbestimmungsregelungen von Bedeutung sein, insbesondere in Bezug auf Arbeitszeiten und bessere Absicherungen für Selbstständige und Freiberufler. Die Linke fordert zudem Maßnahmen gegen Scheinselbstständigkeit und unfaire Honorare

5. Finanzierung und Unterstützung für Unternehmen (S. 30)

- » Die Partei setzt sich für eine öffentliche Steuerung von Schlüsselbranchen und Investitionsprogramme ein. Inwieweit dies auch kleine Unternehmen direkt unterstützt, bleibt unklar, aber es gibt Vorschläge für gezielte Förderungen

6. Bekämpfung prekärer Beschäftigung und Niedriglöhne (S. 26)

- » Die Linke will den Niedriglohnsektor bekämpfen und prekäre Beschäftigung eindämmen. Das könnte sich auch auf selbstständige Tätigkeiten auswirken, insbesondere wenn es um Auftragsvergaben und die soziale Absicherung geht

7. Digitalisierung für Gemeinwohl (S. 57)

- » Kleine Unternehmen und Selbstständige könnten von einer stärkeren öffentlichen Förderung der Digitalisierung profitieren, da die Linke sich für gemeinwohlorientierte Digitalisierungsstrategien einsetzt. Dies könnte den Zugang zu modernen Technologien und Infrastrukturen erleichtern

Risiken für Selbständige:

1. Reform der Gewerbesteuer – Höhere Belastung für Freiberufler

- » Die Linke plant eine Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindegewerbesteuer, die auch Freiberufler*innen einbezogen werden.
- » Eine zusätzliche Steuerlast für Freiberufler, die bisher keine Gewerbesteuer zahlen mussten.
- » Möglicherweise höhere Kosten durch die

Berücksichtigung von Pachten, Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren bei der Steuerberechnung

2. Erhöhung der Körperschaftsteuer

- » Die Körperschaftsteuer soll auf 25 Prozent erhöht werden, was vor allem kleine Kapitalgesellschaften (z. B. GmbHs) betrifft.
- » Kleine Unternehmen könnten im Vergleich zu Großkonzernen stärker belastet werden, da sie weniger Möglichkeiten zur Steueroptimierung haben

3. Einschränkungen bei Unternehmensförderungen

- » Wenn Unternehmen betriebsbedingte Kündigungen aussprechen oder ökologische Standards nicht einhalten, sollen sie Fördergelder zurückzahlen müssen.
- » Unklare Kriterien könnten zu finanzieller Unsicherheit führen, wenn Unternehmen Fördermittel in Anspruch nehmen.
- » Erhöhte Hürden für kleine Unternehmen, die auf Förderprogramme angewiesen sind

Bündnis Sahra Wagenknecht

Programmtitel:

Unser Land verdient mehr!

Umfang: 45 Seiten

Für Selbständige relevante Punkte:

1. Bürokratieabbau für Unternehmen (Seite 18-19)

- » Bürokratische Entlastung für den Mittelstand: Kleinere Unternehmen sollen von übermäßigen Dokumentations- und Berichtspflichten befreit werden.
- » EU-Standards nicht übererfüllen: Keine unnötig strengen Vorgaben bei der Umsetzung von EU-Regulierungen in deutsches Recht.
- » Reform des Lieferkettengesetzes: Kleine Unternehmen sollen nicht mit umfangreichen Nachweispflichten belastet werden.

2. Steuerliche Entlastung & Sozialabgaben

(Seite 16-17)

- » Faire Besteuerung von Konzernen & Mittelstand: Großunternehmen sollen nicht länger durch internationale Steuertricks geringere Steuern zahlen als kleinere Unternehmen.
- » Grundfreibetrag für Sozialabgaben: Niedrigere Abgaben für kleine Unternehmen und Selbstständige, finanziert durch höhere Beitragsbemessungsgrenzen.
- » Bessere Absicherung von Selbstständigen: Selbstständige sollen in die gesetzliche Sozialversicherung integriert werden können.

3. Reform des Statusfeststellungsverfahrens (Seite 15)

- » Rechtssicherheit für Soloselbstständige: Reform der Scheinselbstständigkeitsprüfung, damit IT-Fachkräfte, freiberufliche Lehrkräfte und Dozenten ohne Angst vor Rückforderungen arbeiten können.
- » Flexible Beschäftigungsmodelle ermöglichen: Wer will, soll sich freiwillig in die Sozialversicherung einbezahlen können.

4. Finanzierung & Förderung für kleine Unternehmen (Seite 14)

- » Industriefonds für Startups: Staatlich unterstützte Innovationsförderung für neue Geschäftsideen und Technologien.
- » Erleichterung von Investitionen: Einführung einer neuen Rechtsform („Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“) für nachhaltige Unternehmen.
- » Superabschreibungen für Zukunftstechnologien: Steuerliche Vorteile für Investitionen in CO₂-arme Produktion und neue Energieformen.

5. Energiepreise senken (Seite 10-11)

- » Wettbewerbsfähige Energiepreise: Staatliche Sicherung günstiger Energielieferverträge für Unternehmen.
- » Wiederaufnahme russischer Gaslieferungen: Nutzung der verbliebenen Nord-Stream-Pipeline zur Reduzierung der Energiepreise.
- » Technologieoffene Klimapolitik: Keine Verbote für bestimmte Technologien wie

Verbrennungsmotoren oder Gasheizungen.

6. Infrastruktur & Digitalisierung (Seite 19, 42-43)

- » Breitbandausbau für kleine Unternehmen: Schnelles Internet in ländlichen Gebieten und Gewerbegebieten soll staatlich gefördert werden.
- » Verstaatlichung von Energienetzen: Netzegebühren sollen gesenkt werden, um die Stromkosten für Unternehmen zu reduzieren.
- » Förderung von Open-Source-Software: Weniger Abhängigkeit von teuren Softwarelösungen großer US-Konzerne.

7. Förderung & Absicherung von Kulturschaffenden (Seite 42)

- » Erhalt & Reform der Künstlersozialkasse: Soloselbstständige im Kulturbereich sollen weiterhin Zugang zu vergünstigten Sozialversicherungen haben.
- » Mehr Schutz für freischaffende Künstler: Reformen zur besseren sozialen Absicherung und gegen Altersarmut in der Kreativwirtschaft.

Risiken für Selbständige:

1. Steuererhöhungen für Unternehmen & Kapitalerträge

- » Kapitalerträge sollen höher besteuert werden: Selbstständige, die z. B. in ETFs oder Aktien investieren, könnten stärker belastet werden.
- » Der Spitzensteuersatz soll früher greifen. Die genauen Schwellenwerte sind unklar, aber dies könnte kleine Unternehmer mit hohem Umsatz betreffen.

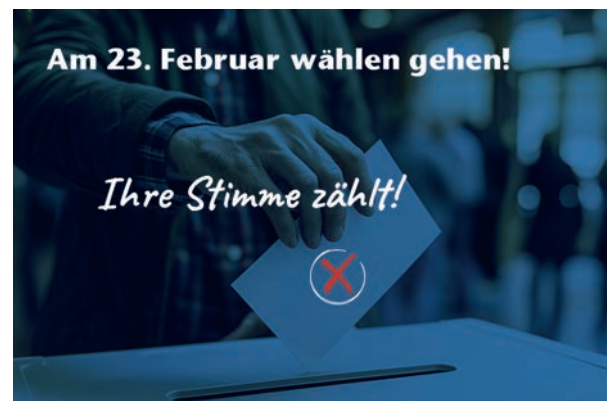
2. Einschränkungen für Selbstständige durch Reform der Auftragsvergabe

- » Öffentliche Aufträge nur für tarifgebundene Unternehmen: Das BSW fordert, dass nur Unternehmen mit Tarifbindung öffentliche Aufträge erhalten. Problem für Soloselbstständige und kleine Unternehmen, da sie in der Regel keinen Tarifvertrag haben. Möglicher Ausschluss

von Ausschreibungen und Projekten für öffentliche Institutionen.

3. Erhöhung der Energiepreise durch staatliche Eingriffe in den Markt

- » Fokus auf Verstaatlichung von Energienetzen: Das BSW plant, Stromnetze wieder unter staatliche Kontrolle zu bringen. Unklar ist, wie sich das auf Energiepreise für kleine Unternehmen auswirkt. Risiko: Höhere Netzentgelte oder Verzögerungen beim Ausbau erneuerbarer Energien.



Ihre Stimme entscheidet!

Am 23. Februar haben Sie die Chance, die Zukunft Deutschlands aktiv mitzugestalten – und gerade für Soloselbstständige sowie Inhaber kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) ist diese Wahl entscheidend. Ihre Stimme beeinflusst wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Bürokratieabbau, Steuerpolitik und soziale Absicherung.

Die Politik legt fest, ob unternehmerische Freiheit gestärkt oder durch neue Hürden erschwert wird. Wer nicht wählt, überlässt anderen die Entscheidung über die Zukunft unseres Mittelstands. Nutzen Sie Ihr Wahlrecht und setzen Sie ein Zeichen für eine wirtschaftsfreundliche und faire Politik!

Am 23. Februar: Wählen gehen – für Ihre Selbstständigkeit, Ihr Unternehmen und eine starke Wirtschaft!



Der Bundestag wird kleiner

Die jüngste Wahlrechtsreform hat erhebliche Auswirkungen auf die bevorstehende Bundestagswahl am 23. Februar 2025. Zentrales Ziel der Reform ist die Verkleinerung des Bundestags auf eine feste Größe von 630 Abgeordneten, um Effizienz zu steigern und Kosten zu senken.

Eine wesentliche Änderung betrifft die Bedeutung der Zweitstimme: Künftig bestimmt ausschließlich das Zweitstimmenergebnis einer Partei die Anzahl ihrer Sitze im Bundestag. Überhang- und Ausgleichsmandate entfallen, wodurch es möglich ist, dass direkt gewählte Kandidatinnen und Kandidaten ihren Sitz nicht erhalten, wenn ihrer Partei insgesamt weniger Sitze zustehen, als sie Direktmandate gewonnen hat.

Besonders betroffen sind davon kleinere Parteien mit einer starken regionalen Verankerung sowie größere Parteien, die traditionell viele Direktmandate gewinnen. Ein Kandidat oder eine Kandidatin kann in einem Wahlkreis mit relativer

Mehrheit gewählt werden, aber dennoch nicht in den Bundestag einziehen, wenn die Gesamtstimmzahl der Partei bundesweit nicht ausreicht. Dadurch wird das System stärker auf die Verhältniswahl ausgerichtet und die Direktwahl verliert an Bedeutung. Die Grundmandatsklausel, die es Parteien ermöglichte, bei Gewinn von mindestens drei Direktmandaten auch bei Unterschreiten der Fünf-Prozent-Hürde in den Bundestag einzuziehen, bleibt nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bestehen.

Diese Reform könnte das Wahlverhalten beeinflussen, da Wählerinnen und Wähler möglicherweise vermehrt beide Stimmen derselben Partei geben, um sicherzustellen, dass ihre bevorzugten Direktkandidaten in den Bundestag einziehen. Insgesamt zielt die Reform darauf ab, die Effizienz des Parlaments zu erhöhen und die Bedeutung der Verhältniswahl zu stärken, könnte aber gleichzeitig zu einer geringeren Repräsentation einzelner Wahlkreise im Bundestag führen.



Herausgeber

Europaverband der Selbständigen - Deutschland (ESD) e.V.
Behrenstr. 42
10117 Berlin
Tel.: +49 [0] 30 204 598 54 | Fax: +49 [0] 30 204 55 320
E-Mail: info@esd-ev.de | Web: www.esd-ev.de

ViSdP: Timo Lehberger

Redaktion/Koordination: Sascha Langguth, Timo Lehberger
